

# Fast 13 Jahre hat die Bundesanwaltschaft ermittelt

CS-Kundenberaterin der untersten Hierarchiestufe in Zusammenhang mit der bulgarischen Drogenmafia angeklagt

MARCEL GYR, ANDRÉ MÜLLER

Eines der ältesten Strafverfahren der Bundesanwaltschaft, das die gesamte Amtsdauer von Michael Lauber überdauert hat, ist vergangene Woche zum Abschluss gebracht worden: Gegen eine ehemalige Mitarbeiterin der Credit Suisse (CS) ist Anklage erhoben worden wegen des Verdachts auf schwere Geldwäsche. Der Bank wird vorgeworfen, dies nicht verhindert zu haben. Das Ganze spielt sich im Umfeld der bulgarisch-italienischen Mafia ab. Diese soll die Einnahmen eines Kokainkartells in der Höhe von insgesamt 140 Millionen Franken auf verschiedenen Konten der CS gewaschen haben.

## Der «Sheriff» greift durch

Eröffnet wurde das Strafverfahren Anfang 2008, ursprünglich gegen einen bulgarischen Ringer, der im Kanton Wallis lebt. Ein Jahr später erweiterte der fallführende Bundesstaatsanwalt, Frédéric Hainard, das Strafverfahren gegen eine ehemalige Spitzensportlerin aus Bulgarien, die 1992 an den Olympischen Spielen teilgenommen hatte. Als Quereinsteigerin war sie nach ihrer Sportkarriere ins Private Banking eingestiegen. In dieser Funktion betreute die Bulgarin in erster Linie wohlhabende Landsleute.

Der Bundesstaatsanwalt Hainard sollte später eine gewisse Bekanntheit erlangen: Wegen seines forschenden Auftretens wurde er in seinem Heimatkanton Neuenburg alsbald «Sheriff» genannt. Im Februar 2009, als er das Verfahren auf die bulgarische CS-Mitarbeiterin ausgedehnt hatte, warf er ihr nicht nur Geldwäscherei vor, sondern auch Zugehörigkeit zu einer kriminellen Organisation. Für die damals 36-jährige Bulgarin ordnete er eine zweiwöchige Untersuchungshaft an, was für sie besonders einschneidend war, weil sie einen Sohn im Säuglingsalter hatte.

Zwei Monate später schied Hainard aus der Bundesanwaltschaft aus: Im April 2009 war er in den Neuenburger Regierungsrat gewählt worden. Nur anderthalb Jahre später trat er bereits wieder aus der Regierung zurück – ihm wurde vorgeworfen, sich unrechtmässig in den Fall einer Sozialhilfebezüglerin eingemischt zu haben. Diesbezüglich wurde Hainard vom Bundesgericht wegen Amtsmissbrauchs und Urkundenfälschung zu einer bedingten Geldstrafe verurteilt.

In einer Stellungnahme hat sich die CS vergangene Woche hinter ihre ehemalige Mitarbeiterin gestellt: Man sei von ihrer Unschuld überzeugt. Ein Blick



Die Credit Suisse ist von der Unschuld ihrer ehemaligen Kundenberaterin überzeugt.

STEFAN WERMUTH / BLOOMBERG

in die Akten wirft tatsächlich verschiedene Fragen auf. Daraus geht etwa hervor, dass die Bulgarin zum angeblichen Tatzeitpunkt – in den Jahren 2004 bis 2007 – nur über marginale Kenntnisse im Finanzbereich verfügte.

In Bulgarien war sie unter dem kommunistischen Regime aufgewachsen. Ab zwölf Jahren widmete sie sich vorwiegend dem Training, die Schulbildung trat in den Hintergrund. Nach dem Abschluss ihrer Sportkarriere, im Alter von dreissig Jahren, erhielt sie 2001 eine Anstellung bei der UBS. Es war die Zeit, als die meisten Banken nach Kundenberatern suchten, welche die wachsende Klientele aus dem ehemaligen Ostblock betreuen konnten. Für einen Job reicherten zumeist Sprachkenntnisse, ein guter Umgang und allenfalls Kontakte zu möglichen Kunden. Das alles waren Voraussetzungen, welche die ehemalige Spitzensportlerin problemlos erfüllte.

Viel mehr als eine Schnellleiche in Anlagestrategie konnte sie aber nicht vorweisen, als sie 2004 zur Konkurrentin CS wechselte. Dort war sie eingebettet in ein

Team mit lauter erfahrenen Finanzfachleuten. Für eine Transaktion brauchte es jeweils die Zweitunterschrift eines Vorgesetzten. Unter Anklage steht keiner von ihnen – der Eindruck ist nicht von der Hand zu weisen, dass es sich bei der Kundenberaterin um ein Bauernopfer aus der untersten Hierarchiestufe handelt.

Der Genfer Rechtsanwalt Grégoire Mangeat, der Verteidiger der Angeklagten, will deshalb dafür kämpfen, dass seine Mandantin nicht als Ersatz für ihre ehemaligen Vorgesetzten zur Verantwortung gezogen wird – «diese unantastbaren, feinen Herren vom Paradeplatz», wie er sie nennt.

Die Anklage gegen die subalterne Angestellte könnte auch damit zusammenhängen, dass es eine natürliche Person auf der Anklagebank braucht, um in Sachen Geldwäscherei gegen eine juristische Person, wie sie die CS darstellt, strafrechtlich vorgehen zu können. Welch enormen Aufwand die Bundesanwaltschaft betrieb, um nach so vielen Jahren doch noch Anklage erheben zu können, zeigt ein weiterer Umstand.

Anhand einer forensischen Finanzanalyse im Umfang von 600 Seiten schätzte die Ermittler den Bonus, den die Bulgarin aufgrund ihrer angeblich illegalen Tätigkeit ausbezahlt erhielt, auf insgesamt 110 000 Franken – verteilt auf dreieinhalb Jahre. In einem sogenannten Erratum, einer Fehlermeldung, korrigierte die Bundesanwaltschaft diesen Betrag kurz vor der Anklageerhebung auf 66 000 Franken. Die Verteidigung geht sogar von bloss 10 000 Franken Bonus aus, den ihre Mandantin in Zusammenhang mit der angeblich kriminellen Organisation erhielt.

Je nachdem, wie das Bundesstrafgericht in Bellinzona diese Zahlen gewichten wird, könnte die Anklage in sich zusammenfallen. Denn einfache Geldwäscherei wäre im vorliegenden Fall längst verjährt. Anklage erhoben werden kann nur, wenn die Vorwürfe als schwere Geldwäscherei qualifiziert werden. In einem solchen Fall beträgt die Verjährungsfrist 15 Jahre.

Voraussetzung hierfür ist gemäss altem Strafgesetzbuch – das in diesem Fall anzuwenden ist – die Erzielung eines «erheblichen Gewinns». Dieser Betrag ist nicht

eindeutig definiert, bewegt sich aber gemäss Bundesgerichtspraxis bei rund 100 000 Franken.

## Mafia-Boss nicht angeklagt

Als Kopf der kriminellen Organisation gilt der Bulgare Evelin Banew, auch bekannt unter dem Übernamen «Brendo». Allerdings ist sein Fall höchst umstritten, erstinstanzliche Verurteilungen in Bulgarien und in Italien sind später jeweils von Appellationsgerichten aufgehoben worden. In der Schweiz werden, neben der CS-Kundenberaterin, Banews «Finanzchef» sowie der Ringer aus dem Kanton Wallis angeklagt. Hingegen hat die Bundesanwaltschaft darauf verzichtet, gegen Banew und dessen Ehefrau vorzugehen. Die Anklagebehörde begründet dies mit dem Umstand, es sei unmöglich, des Paares innert nützlicher Frist habhaft zu werden.

Die ehemalige Kundenberaterin der CS ist weiterhin in der Finanzbranche tätig, inzwischen bei einer Zürcher Ver-

Der Eindruck ist nicht von der Hand zu weisen, dass es sich bei der Kundenberaterin um ein Bauernopfer handelt.

mögensverwaltungsgesellschaft. 2010, ein Jahr nach der Eröffnung des Strafverfahrens, war sie schwer erkrankt. Die Ermittlungen, die fast zwölf Jahre dauerten, haben sie schwer belastet. Vor anderthalb Jahren erlitt sie einen gesundheitlichen Rückfall. Die Schlussvernahme, inzwischen durch die dritte fallführende Bundesstaatsanwältin, fand im vergangenen Juni während ihrer Rekonvaleszenz statt.

Die Bundesanwaltschaft macht nach der Medienmitteilung von vergangener Woche keine weiteren Angaben. Die Gerichtsverhandlung dürfte nicht vor Herbst des kommenden Jahres stattfinden. Für den Genfer Rechtsanwalt Grégoire Mangeat steht aber schon heute fest: «Indirekt wird es ein Prozess gegen die Bundesanwaltschaft werden: gegen einen ausser Kontrolle geratenen «Sheriff» und gegen alle, die meine Mandantin zu einem Bauernopfer machen wollten.»

# Amerikanische Corona-Hilfe – Einigung in letzter Minute

900-Milliarden-Dollar-Plan sieht erweiterte Hilfen für Arbeitslose und kleine Unternehmen vor

CHRISTOF LEISINGER, NEW YORK

Der amerikanische Kongress hat sich am vierten Advent nach wochenlangen Verhandlungen auf ein staatliches Ausgabenpaket mit einem Gesamtwert von 900 Mrd. \$ geeinigt. Das zweitgrösste Rettungspaket der amerikanischen Geschichte musste am Montag noch formal ausgearbeitet und dann zunächst vom Repräsentantenhaus und schliesslich auch vom Senat verabschiedet werden.

## Streitpunkte ausgeklammert

Ziel der Hilfsmassnahmen ist es, die amerikanische Wirtschaft aufgrund der anhaltenden Pandemie und angesichts abflauernder Dynamik zu stützen. Das haben Mitch McConnell, republikanischer Mehrheitsführer im Senat, Chuck Schumer als Vorsitzender der Demokraten im Senat und Nancy Pelosi als Sprecherin des Repräsentantenhauses am Sonntag bekanntgegeben.

Das Abkommen sieht erneute Direktzahlungen in Höhe von 600 \$ an die meisten Amerikaner mit relativ niedrigen Einkommen und eine zusätzliche wöchentliche Arbeitslosenunterstützung in Höhe

von 300 \$ bis März vor. Auch sogenannte «gig workers» und Langzeitarbeitslose sollen nicht im Regen stehen gelassen werden. Darum werden die bestehenden Programme entsprechend verlängert. Zudem sind 284 Mrd. \$ für eine Ausweitung des Paycheck Protection Program vorgesehen. Damit wird die Vergabe von Krediten an kleine Unternehmen im Transportwesen (dazu zählen auch die Fluggesellschaften), mit Bezug zur Verteilung von Impfstoffen, im Schulwesen und bei Universitäten sowie mit Verbindung zur Lebensmittelhilfe gefördert. Diese sind an die Erhaltung von Arbeitsplätzen geknüpft.

Im Unterschied zu den Hilfsmassnahmen im März können nun auch gemeinnützige Organisationen, lokale Zeitungen und Radio- und Fernsehsender Ansprache erheben. 15 Mrd. \$ sind speziell für Theater, unabhängige Kinos und andere kulturelle Einrichtungen vorgesehen.

Die Unterhändler konnten die parteiinternen Differenzen über den von einigen Republikanern gewünschten Haftungsschutz für Unternehmen und die von den Demokraten geforderte Unterstützung für Behörden nicht überbrücken und liessen diese aus dem Paket heraus. Im Streit über die Befugnis der Notenbank, Not-

kredite zu vergeben, war schon am Samstag ein Kompromiss gefunden worden, der den Weg für das breitere Abkommen freimachte. Dieses ist ein Haushaltsgesetz im Gegenwert von 1400 Mrd. \$ gekoppelt, das die Bundesregierung bis zum Ende des Steuerjahres am 30. September 2021 durchfinanzieren wird.

Die Vereinbarung ist nach mehreren Verhandlungsrunden zwischen Pelosi, Schumer, McConnell und dem Führer der Republikaner im Repräsentantenhaus, Kevin McCarthy, zustande gekommen. Auch Finanzminister Steven Mnuchin nahm an den Gesprächen teil. Das Gefährliche hatte den Kongress zunächst zweimal zum Beschluss einer kurzfristigen Übergangsfinanzierung für den Regierungsbetrieb gezwungen. Am Sonntag ist diese noch einmal um einen Tag verlängert worden, um am Montag Zeit für die entscheidenden Abstimmungen zu haben.

Die Verabschiedung löst die Pattsituation auf, die nach der Bewilligung einer Reihe von Hilfspaketen im März entstanden war. Damals hatte man sich rasch auf eine Mischung aus kreditfinanzierten Staatsausgaben und Steuererleichterungen in Höhe von 1800 Mrd. \$ geeinigt, die grösste derartige Massnahme in der Ge-

sellschaft der USA. Nach einer mühsamen wirtschaftlichen Erholung von da an droht nun allerdings eine weitere Runde von pandemiebedingten Lockdowns die auf gemässigtem Niveau entstandene konjunkturelle Dynamik abzubremsen.

Allein seit Juni sind knapp 8 Mio. Amerikaner in die Armut abgerutscht, da die Leistungen aus dem ursprünglichen Covid-Entlastungspaket ausgelaufen waren, wie eine Analyse der Volkszählungsdaten durch Ökonomen der University of Chicago und der University of Notre Dame zeigt. Die Zunahme der Armutsquote in den USA um 2,4 Prozentpunkte bis November ist demgemäss fast doppelt so hoch wie der grösste jährliche Anstieg seit den sechziger Jahren. Die Armut hat vor allem in jenen Gliedstaaten zugenommen, in denen die Arbeitslosenversicherungen nur begrenzte Zahlungen leisten.

Geht alles gut, wird zwar Präsident Donald Trump das Paket unterschreiben. Wirklich wichtig ist es jedoch für den designierten Nachfolger Joe Biden. Er hat dem Vernehmen nach im Stillen auf einen Kompromiss gedrängt, um nach Monaten der Untätigkeit des Kongresses wenigstens einen bescheidenen Fortschritt zu erreichen. Gleichzeitig hat er schon immer

durchblicken lassen, dass dieses Paket bei weitem nicht gross genug sei, «um die Bedürfnisse der Nation zu befriedigen». So gehen viele Beobachter davon aus, dass er sich nach seinem Amtsantritt im Januar um die Mehrheit für ein weiteres grosses wirtschaftliches Hilfspaket bemühen wird.

## Keynesianer wollen mehr

Keynesianisch geprägte Ökonomen weisen längst warnend darauf hin, dass eine Konjunkturmassnahme in dem nun absehbaren Umfang nicht ausreicht, um die wirtschaftliche Erholung abzusichern, obwohl der Gesetzentwurf das rund 800 Mrd. \$ schwere Konjunkturpaket in den Schatten stellt, das der Kongress 2009 zur Bekämpfung der grossen Rezession aufgrund von massiven Fehlspekulationen im Immobilienbereich und zur Rettung der Banken verabschiedet hatte. Auch diesmal sind sich die bekannten Fachleute mit grosser Spenderfreude auf Staatskosten und ihre Pendants an der Wall Street einig. Letztere wollen auf diese Weise sicherstellen, dass die liquiditätgetriebene Hausse an den Finanzmärkten auf hohem Niveau noch eine Weile weiterläuft, bevor die Musik dann irgendwann doch stoppt.